



**Monika Maier-Kuhn**

**Stellungnahme : Sozialverträglicher Wohnungsbau**

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,**

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,**

**Was gebraucht wird, sind Wohnungen, so bald wie möglich und nicht erst nach jahrelangem Lageraufenthalt. Das Leben im Zustand des Provisoriums ist schwierig und schadet den Untergebrachten. Diese Erfahrungen sind nichts Neues. Damit aber sind Flüchtlinge keine Sondergruppe, für die eine besondere Behandlung in Sachen Unterbringung vorzusehen wäre, sondern sie reißen sich ein in die größer werdende Gruppe derer, die in Deutschland bezahlbaren Wohnraum brauchen und ihn immer seltener finden können. Die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen ist damit Teil eines wesentlich größeren sozialen Problems. Der Neubau oder ein mehr an generieren von Sozialwohnungen in Ballungsräumen, für sozial schwache Bevölkerungsgruppen und Asylbewerber / Flüchtlinge müssen geschaffen werden.**

**Mit dem Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung kommen wir ein gutes Stück voran.**

**Die soziale Wohnungswirtschaft war seit dem Jahr 2000 für mehr als zwölf bis 13 Jahre ein totes Kind, auch in Baden-Württemberg. Die Landesprogramme waren alle zu kompliziert. Wir haben es aber auch verlernt, bezahlbaren Wohnraum zu erstellen. Auch wir haben uns mehr dem hochwertigen Wohnungsbau gewidmet.**

**Der Städtetag Baden-Württemberg fordert von der Landesregierung ein Konzept, welches Flüchtlingspolitik und Wohnungsbaupolitik miteinander verbindet. Neben einer Erhöhung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau insgesamt, soll die Höhe der Förderung sowohl mit der Anzahl der Flüchtlinge als auch der allgemeinen Wohnraumsituation verknüpft werden. Die Landesregierung hat auf den Vorschlag des Städtetages in einer ersten Reaktion jedoch ablehnend reagiert.**

**Die Grüne Fraktion ist sehr verwundert darüber, denn es gibt sowohl ein Förderprogramm des Landes für den sozialen Wohnungsbau, welcher auch Mietverhältnisse unterstützt, im großem Umfang (60% der Kosten können übernommen werden). Desweiteren gibt es ein Förderprogramm, aus unserer Sicht nicht unerheblich was die Kostenübernahme von 25% bei Neubau für Asylbewerber für Anschlussunterbringung vor sieht.**

**Wenn wir die Förderprogramm des Landes nutzen könnte uns der staatliche Zuschuss in die Lage versetzen, dass wir die Projekte zu den Mieten, die vorgegeben werden, umsetzen könnten. Das Programm gibt vor: maximal Miete nach StGB II, also Hartz 4.**

**Die Grüne Fraktion stimmt zu.**

